

Vorlage für die Sitzung des Senats am 19. Februar 2019

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

„Diskriminierung von Frauen in der Jubiläumsverordnung“

A. Problem

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie beurteilt der Senat die Regelung in der Jubiläumsverordnung, dass bei der Berechnung der vollendeten Dienstzeit ermäßigte Arbeitszeiten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit genauso wie regelmäßige Arbeitszeiten zu behandeln sind?
2. Und wie beurteilt der Senat die Regelung, dass ermäßigte Arbeitszeiten mit einer geringeren Arbeitszeit als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit lediglich entsprechend ihrem Verhältnis zu einer Arbeitszeit mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zu berücksichtigen sind, sieht er darin eine mittelbare Diskriminierung von Frauen, weil diese weit überwiegend in Arbeitsverhältnissen dieses Umfangs tätig sind?
3. Falls der Senat dies als eine mittelbare Diskriminierung von Frauen sieht, wann könnte diese Regelung frühestens geändert werden?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die in der Frage angesprochene Regelung in der Jubiläumsverordnung ist eine auch mit Blick auf die anderen Länder gängige Anrechnungsregelung für Teilzeitbeschäftigten. Die Regelung sichert den allermeisten Teilzeitbeschäftigten eine Gleichbehandlung mit Vollzeitbeschäftigten und verhindert so eine mittelbare Diskriminierung von Frauen. Die abweichende Regelung für unterhältige Teilzeitbeschäftigten ist immer dann sachgerecht, wenn die Beschäftigungszeiten Rückschlüsse auf leistungsbezogene Kriterien ermöglichen sollen, etwa bei der erfolgreichen Bewährung auf einem höherwertigen Dienstposten. In diesen Fällen wird keine mittelbare Diskriminierung von Frauen gesehen. Bei der Festsetzung eines Dienstjubiläums geht es jedoch nicht um leistungsbezogenen Aspekte, sondern um die langjährige Verbundenheit einer Person zum öffentlichen Dienst. Deshalb spricht

hier nichts dagegen, die Regelung so zu ändern, dass jede Beschäftigung im öffentlichen Dienst unabhängig von ihrem Umfang bei der Berechnung des Dienstjubiläums berücksichtigt wird.

Zu Frage 3:

Eine entsprechende Anpassung der Jubiläumsverordnung wird unmittelbar mit der nächstmöglichen Änderungsverordnung umgesetzt.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Zahlung der Jubiläumszuwendung erfolgt weiterhin nach 25, 40 oder 50 jähriger Dienstzeit, so dass keine zusätzlichen Kosten entstehen. Jedoch erreichen die Beamtinnen und Beamten diese Dienstzeiten zukünftig zeitlich unabhängig vom Umfang der persönlichen Arbeitszeit.

Die Änderung stellt nunmehr eine Gleichbehandlung aller Teilzeitbeschäftigten mit Beamtinnen und Beamten in Vollzeit sicher. Davon profitieren überwiegend Frauen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2729/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.